

## Sozial-liberal 2.0

### Das Ampelbündnis in der Tradition der sozial-liberalen Koalition (1969-1982)?

Dr. Deniz Anan<sup>1</sup>

Mit dem Motto „Mehr Fortschritt wagen“<sup>2</sup> stellt sich die neue Ampel-Regierung ausdrücklich in die Tradition der 1969 gebildeten sozial-liberalen Koalition.<sup>3</sup> Diese Zeit liegt inzwischen rund 30 Jahre vor der Geburt heutiger Erstwählerinnen und Erstwähler, aus der Sicht der *digital natives* somit in grauer Vorzeit. Es lohnt sich daher, einen kurzen Blick auf die Entstehung und die Entwicklung des ersten bundesdeutschen Mitte-Links-Pakts zu werfen.

Deutschland hatte damals ein „Zweieinhalbparteiensystem“. Nach dem Verschwinden kleinerer zumeist rechts-bürgerlicher Parteien und dem durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts begünstigten Scheitern einer Etablierung radikaler Antisystemparteien auf der rechten und linken Seite des politischen Spektrums, bestand das Parteiensystem der 1960er- und 1970er-Jahre aus gerade einmal drei Parteien. Diese vereinigten weit über 90 % der Stimmen auf sich (1972 und 1976 sogar 99 %) – und das bei einer Wahlbeteiligung zwischen 85 und 90 %. Regierungswechsel wurden in diesem System, weil die Union nach 1957 kein zweites Mal eine absolute Mehrheit der Mandate errang, allein durch die Koalitionsentscheidungen der Parteien ausgelöst. Die Segmentierung war also niedrig: Prinzipiell konnte jede der drei Parteien mit den beiden anderen eine Koalition bilden. Auf Bundesebene regierten zwischen 1961 und 1966 CDU/CSU und FDP miteinander, zwischen 1966 und 1969 im Rahmen der ersten Großen Koalition dann CDU/CSU und SPD.<sup>4</sup> Im Vorfeld der Bundestagswahl 1969 herrschte keine Klarheit bezüglich der Koalitionsoptionen. Erst im Laufe des Wahlabends wurde CDU-Kanzler Kurt Georg Kiesinger der Machtverlust seiner Partei klar. Denn obwohl CDU/CSU mit 46,1 % klar vor der SPD (42,7 %) lag, bildeten Sozialdemokraten und die FDP, die mit 5,8 % sehr schlecht abgeschnitten hatte, eine Koalition miteinander. Dieser in keinsten

---

<sup>1</sup> Der Autor hat über die Parteiprogramme von FDP und Grünen promoviert und arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der School of Social Sciences and Technology der Technischen Universität München.

<sup>2</sup> Bundesregierung 2021.

<sup>3</sup> Vgl. hierzu auch Anan 2021.

<sup>4</sup> Sozialliberale Koalitionen regierten allerdings schon seit den 1950er-Jahren auf Länderebene in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Berlin, Hamburg und Bremen.

Weise vom Wahlvolk, sondern allein durch Entscheidungen der Parteien hervorgerufene Wechsel gilt vielen Beobachtern als eigentlicher Zeitpunkt der endgültigen Etablierung der parlamentarischen Demokratie in (West-) Deutschland, ist doch die Akzeptanz eines friedlichen Machtwechsels in der Folge demokratischer Wahlen ein wichtiger Gradmesser für die nicht nur formale, sondern tatsächliche Verankerung der Demokratie in einer Gesellschaft.

Zwei Gründe bewogen SPD und FDP 1969 zu diesem neuartigen Bündnis jenseits der Union. Erstens das Erproben einer strategischen Machtoption, die beiden Parteien größeren Einfluss als in einer Juniorpartnerschaft mit der CDU/CSU sicherten. Und zweitens den gemeinsamen Wunsch zur Verwirklichung von Reformen in der Ost- und Gesellschaftspolitik, die allgemein als dringend notwendig empfunden wurden. Außerdem bedeutete das Bündnis mit der SPD für die FDP das endgültige Aus der für sie existenzbedrohenden Pläne eines relativen Mehrheitswahlsystems (Schiller 1993: 134, Dittberner 2010: 45).

Die SPD hätte sich bei einer Neuauflage der Großen Koalition erneut mit der Juniorpartnerschaft zufriedengeben müssen – nun stellte sie den Kanzler. Und die FDP, die im Kabinett Erhard II nur vier (von zwanzig) teils eher unbedeutende Ministerien erhalten hatte (Finanzen, Gesamtdeutsche Fragen, Bau, Forschung) besetzte trotz ihres geringen Anteils von rund 12 % an den für die Koalitionsparteien abgegebenen Wählerstimmen nun drei (von vierzehn) Ressorts<sup>5</sup>, darunter die Schlüsselpositionen des Innen- und Außenministers. Ab 1972 kam dann noch das aus FDP-Sicht wichtige Wirtschaftsministerium hinzu. Damit begann eine im Grunde bis heute fortgeführte Tradition, bei der die größere Partei einer Koalition dem Juniorpartner überdurchschnittlichen Einfluss zubilligt, in der Hoffnung, ihn so dauerhaft an die Koalition zu binden (vgl. Kirchner/Broughton 1988: 62). Dieser Aspekt kommt besonders bei lagerübergreifenden Koalitionen, und vor allem dann, wenn der kleinere Partner über Erpressungspotenzial in der Form einer Möglichkeit zum glaubhaften Koalitionswechsel verfügt (wie die damalige FDP) oder besonderen Widerwillen erkennen lässt (wie die trotz nur 20,5 % mit den Ressorts Finanzen, Außen, Justiz und Arbeit bedachte SPD 2018). In gewisser Weise ist hierin auch ein Ausgleich für die Nachteile zu sehen, die kleinen Parteien bei einem Wechsel in das andere politische Lager elektoral drohen: So verlor die FDP bei ihrem zweimaligen Lagerwechsel 1969/82 jeweils ein Viertel bis ein Drittel ihrer Anhänger (vgl. Kropp/Sturm 2013: 71, Dittberner 2010: 58-59, Lösche/Walter 1996: 85, 104-115). Und auch die ersten schwarz-grünen Koalitionen zeichneten sich später durch weit überdurchschnittliche Zugeständnisse an die Grünen aus (vgl. Kronenberg/Weckenbrock 2011). Obgleich insbesondere die Medien oft das Idealbild einer programmatisch sehr homogenen, *policy-seeking*-orientierten Schnittmenge

---

<sup>5</sup> Die Position des Kanzerlamtsministers nicht mitgezählt.

koalition als alleiniges Muster der Koalitionsbildung darstellen, spielen die von der politikwissenschaftlichen Koalitionsforschung (vgl. Kropp/Sturm 2013: 13-44, Müller 2004, De Swaan 1973) herausgearbeiteten machstrategische Überlegungen im Sinne einer Maximierung von *office-seeking* also auch im deutschen System eine Rolle. Dies gilt noch viel mehr für andere demokratische Systeme, die teils äußerst heterogene Koalitionsmodelle kennen.<sup>6</sup> Wie groß die Distanz der beiden Partner damals war, versteht nur, wer sich vor Augen hält, dass die damalige FDP keinesfalls in Gänze als liberale Partei gelten kann, sondern in weiten Teilen (besonders in den Landesverbänden NRW, Niedersachsen und Hessen) als antisozialistisch-nationalistisch zu charakterisieren war und zeitweise als Sammelbecken ehemaliger Nazis fungierte (vgl. Dittberner 2010: 34, Juling 1977: 19-26). Den berühmten (2015 aus Marketinggründen wieder abgeschafften) Zusatz „Die Liberalen“ führte die Partei, die noch 1957 zum Bundesparteitag in die „Reichshauptstadt Berlin“ (FDP 1957: 1) lud, folglich erst seit 1976 (vgl. Juling 1977: 62).

Das zweite Motiv für das Zusammengehen von SPD und FDP lag eindeutig im *policy-seeking*-Bereich: Nach 20 Jahren CDU/CSU-Regierung hatte sich, unter anderem transportiert durch links-liberale Medien wie Spiegel, Stern und Zeit, in weiten Teilen der Bevölkerung das Gefühl notwendiger innerer Reformen verbreitet. Spätestens seit Godesberg 1959 galt die Soziale Marktwirtschaft als etabliert. Die Vertriebenen waren in das System integriert, die sozialen Sicherungssysteme waren ausgebaut worden, und die Bundesrepublik zeichnete sich durch hohe Wachstums- und Beschäftigungszahlen aus. Allein 1969 wuchs das BIP um aus heutiger Sicht sagenhafte 7,5 % und die Arbeitslosenquote lag bei nur 0,9 % – und das bei einem Schuldenstand von unter 20 % des BIP (vgl. Giebel-Felten 2002/destatis.de).<sup>7</sup> Als rückständig empfanden viele hingegen die Gesellschaftspolitik: Die Bundesrepublik der 1950er-Jahre, in dem das von Langzeitkanzler Adenauer symbolisierte katholische Milieu stärker als vor dem Krieg dominierte und insbesondere die Kulturpolitik prägte, gilt noch heute als Inbegriff von spießbürgerlichem Mief. Daran änderte sich auch in den 1960er-Jahren nicht viel: Wurde in Großbritannien etwa die Ära der Beatles und der Rolling Stones von der gesellschaftspolitisch progressiven Labour-Regierung unter Harold Wilson (1964-1970) begleitet, und signalisierte selbst die katholische Kirche in Gestalt des Zweiten Vatikanischen Konzils (1962-65) Aufbruch, so blieben das westdeutsche Straf- und Familienrecht weitgehend unverändert. Zwar wurde der „Bildungsnotstand“ mit einer Bildungsexpansion beantwortet,

---

<sup>6</sup> So regierte in Finnland nach 2011 ein Bündnis aus Konservativen, Sozialdemokraten, Linksbündnis, Grünen, Christdemokraten und Partei der schwedischen Minderheit; die Opposition stellten Zentrumspartei und rechtspopulistische *Wahre Finnen*.

<sup>7</sup> Vgl. Giebel-Felten 2002 und <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Konjunkturindikatoren/Lange-Reihen/Arbeitsmarkt/lrab003ga.html>.

aber in manchen Aspekten schien den Zeitgenossen inzwischen selbst die von Walter Ulbricht regierte DDR fortschrittlicher als der Westen Deutschlands: Bereits 1951 durfte dort der im Westen als skandalös erachtete und mit Aufführungsverboten belegte Film „Die Sünderin“ frei gezeigt werden, und 1968 schaffte die DDR dann den männliche Homosexualität unter Strafe stellenden § 175 StGB ab, der dort nach 1945, anders als im Westen, nur in der Fassung von 1925 und nicht in der von den Nationalsozialisten verschärften Fassung gegolten hatte. Cleavagetheoretisch gesprochen war die eindeutige Dominanz der ökonomischen Konfliktlinie zwischen Marktliberalität und sozialstaatlicher Intervention im Parteienwettbewerb zu Ende, die gesellschaftliche Konfliktlinie zwischen konservativ-autoritären und progressiv-libertären Auffassungen hatte an Bedeutung gewonnen (vgl. Tränhardt 1996: 208). Die sozial-liberale Koalition arbeitete dann, vom Bundesverfassungsgericht teils unterstützt, teils gebremst, in den Folgejahren auch eines dieser Themen nach dem anderen ab (vgl. Tränhardt 1996: 198-203, 215-223): Das Wahl- und Volljährigkeitsalter wurde von 21 auf 18 Jahre gesenkt (1970/72). Ehe- und Familienrecht wurden mit dem Ziel der Gleichstellung der Geschlechter abgeändert: Frauen bedurften für eine Erwerbstätigkeit nun keine Zustimmung des Ehemanns mehr (1977), im Scheidungsrecht ersetzte das Zerrüttungsprinzip das Schuldprinzip (1976). Die Gewissensprüfung bei der Kriegsdienstverweigerung (1977) wurde ebenso abgeschafft wie der § 175 StGB für Erwachsene (1973). SPD und FDP beschlossen die Fristenlösung bei Schwangerschaftsabbruch (1974) und führten die „Große Strafrechtsreform“ zu einem Abschluss (1970-74); es entfielen unter anderem das Pornografieverbot und der Straftatbestand der „Kuppelei“, der es untersagt hatte, unverheirateten Paaren (Hotel-) Zimmer oder Wohnungen zur Verfügung zu stellen. Andere kontrovers diskutierte Vorhaben wie eine Legalisierung weicher Drogen oder der Ausstieg aus der Atomenergie wurden hingegen nicht realisiert. Der zweite als Desiderat empfundene Bereich war die Ost- und Deutschlandpolitik, wo der Hallsteinsche Alleinvertretungsanspruch umso mehr aus der Zeit gefallen zu sein schien je mehr Staaten (beginnend mit Jugoslawien und Ägypten) die DDR anerkannten. Die Leugnung der Realitäten, gerade im Verkehr nach und in Berlin, schien die Bewegungsfreiheit der Bevölkerung merklich einzuschränken: Seit dem Mauerbau konnten etwa West-Berliner den östlichen Stadtteil nicht besuchen, und der Transitverkehr mit der Bundesrepublik war beschwerlich und von Schikanen begleitet (Delius/Lapp 1999). Die Koalitionspartner setzten demgegenüber das von Egon Bahr bereits 1963 auf einer Tutzingener Tagung skizzierte Alternativkonzept, unterhalb der Ebene einer völkerrechtlichen Anerkennung einen modus vivendi zu finden, in verschiedenen Verträgen mit der Sowjetunion, der DDR, Polen und der Tschechoslowakei, flankiert vom Berlin-Abkommen der Alliierten, bis 1973 um. Bekämpft von CDU/CSU und Vertriebenenverbänden gab man das Ziel einer Wiedervereinigung zwar nicht auf – Kanzler Brandt erklärte 1969 in seiner Regierungserklä-

rung und 1970 beim Gespräch mit DDR-Ministerpräsident Stoph in Erfurt fast wortgleich, die DDR könne für die Bundesrepublik „nicht Ausland“ sein (vgl. Bundesregierung 1969/1970) – und erkannte die Nachkriegsordnung durch einen Verzicht auf gewaltsame Änderung der östlichen Außengrenzen jedoch faktisch an. Die Beziehungen entspannten sich umgehend. Die spürbaren Erleichterungen im Reise- und Postverkehr führten zu großem Zuspruch seitens der Bevölkerung,<sup>8</sup> und wie die weitere Geschichte zeigen sollte entfaltete Bahrs schon 1963 artikuliertes Ziel eines „Wandels durch Annäherung“ mittelfristig eine weit darüber hinausgehende Wirkung.

Allerdings wurde die sozial-liberale Koalition paradoxerweise schon bald zum Opfer ihres eigenen gesellschafts- und ostpolitischen Erfolgs. Das Bündnis hatte, so sahen es viele, seinen Zweck weitgehend erfüllt. Der „Vorrat an Gemeinsamkeiten“<sup>9</sup> (Jesse 2015: 337), so sieht es die Zeitgeschichte, war bald aufgebraucht. Das ökonomische Klima verschlechterte sich: Die beiden Ölpreiskrisen brachten mit Preissteigerung einhergehendes gedämpftes Wachstum mit sich („Stagflation“) und auch die Arbeitslosenzahlen stiegen<sup>10</sup> wieder. Die grundlegenden konzeptionellen Unterschiede beider Partner traten immer sichtbarer hervor. Denn der Wind hatte sich gedreht: An die Stelle des breiten Konsens über die Wirksamkeit nachfrageorientierter, antizyklischer Wirtschaftspolitik im Sinne von John Maynard Keynes betraten nun angebotsorientierte Konzepte und Monetarismus die Bühne. Ausgelöst durch die Wahlsiege Margaret Thatchers in Großbritannien (1979) und Ronald Reagans in den USA (1980) begann die bis zur Wirtschafts- und Finanzkrise 2007/08 andauernde Ära, in der Deregulierung, Privatisierung, Flexibilisierung und Steuersenkung den Diskurs beherrschten. Die FDP, und insbesondere der seit 1977 amtierende Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff machten sich dieses Paradigma schnell zu Eigen (Lösche/Walter 1996: 92-104). Schon die „Kieler Thesen“ (1977) sind sehr viel sozialstaats-skeptischer als die „Freiburger Thesen“ (1971), in denen die Partei, übergeordnete makroökonomische Konzeptionen allerdings weitgehend ausblendend, noch von einer „Reform des Kapitalismus“ und der Besteuerung von Bodenwertzuwächsen gesprochen hatte.<sup>11</sup> Dasselbe gilt für das Wahlprogramm

---

<sup>8</sup> Die kumulierten 54,2 % bei der Bundestagswahl 1972 (SPD 45,8 %, FDP 8,4 %), die den höchsten Wert für ein Mitte-Links-Bündnis in der deutschen Nachkriegsgeschichte darstellen, wurden denn auch als überdeutliche Billigung der neuen Gesellschafts- und Ostpolitik interpretiert.

<sup>9</sup> Dieses Schlagwort wird teils auf Walter Scheel zurückgeführt, vgl. Tränhardt 1996: 219.

<sup>10</sup> 1981 erstmals wieder über 1 Million Arbeitslose und über 5 %. Vgl. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Konjunkturindikatoren/Lange-Reihen/Arbeitsmarkt/lrab003ga.html>.

<sup>11</sup> Allerdings wurde dieses Programm, das im Nachhinein in linksliberalen Kreisen teils geradezu verklärt wird, nur von einem Teil der Partei als tatsächliche programmatische Richtschnur gesehen, andere sahen es eher als notwendiges taktisches Zugeständnis an den damaligen eher linken Zeitgeist (vgl. Lösche/Walter 1996: 89-92).

1980. Die SPD, besonders Jusos und linker Flügel, setzten weiter auf Sozialstaatsexpansion und Konjunkturprogramme. Die Partner entfremdeten sich zusehends. Zusammengehalten wurde die Koalition zuletzt vor allem durch einen gemeinsamen Gegner: Franz-Josef Strauß, 1980 Kanzlerkandidat der Unionsparteien, polarisierte. Der erkonservative Bayer, der Journalisten als „Ratten und Schmeißfliegen“ (Böhm 2015) titulierte, Nähe zu den diktatorischen Regimen in Südafrika und Chile demonstrierte und den BR bei progressiven Inhalten gelegentlich zur Ausblendung aus dem ARD-Programm anwies, hatte in der CDU viele Freunde. Von der SPD-Linken bis zu den FDP-Rechten konnte man sich jedoch darauf einigen, dass diesem Mann besser nicht die Zukunft des Landes anvertraut werden sollte. Strauß' Kandidatur verlängerte das Leben der Koalition, die sich ansonsten nicht mehr viel zu sagen hatte. Nach der Wahl 1980 traten die Risse dann aber umso deutlicher hervor (vgl. Weber 2012). Die Erfolge der Grünen machten künftige sozial-liberale Mehrheiten unwahrscheinlich, und weil die Ökopartei als weder koalitionsfähig noch -willig galt bedeutete dies das einstweilige Ende von Mehrheiten links der Union.<sup>12</sup> Genschers FDP rettete sich dann 1982 durch einen vorgezogen erneuten Koalitionswechsel zur Union, ausgelöst durch ein von Minister Lambsdorff vorgelegtes Konzept mit der Zielsetzung weitreichender Einsparungen, Deregulierung und Flexibilisierung, das die Forschung als „Fehdehandschuh“ (Dittberner 2010: 53) bzw. „Scheidebrief“ (Löwisch 2014) interpretiert.

39 Jahre später<sup>13</sup> bilden SPD und FDP nun erneut eine Koalition, dieses Mal ergänzt um die Grünen. Durch die Wahl des Mottos „Mehr Fortschritt wagen“ als Titel des Koalitionsvertrags stellt sich das Bündnis selbst in die Tradition der sozial-liberalen Koalition, in deren erster Regierungserklärung es „Mehr Demokratie wagen“ hieß. Zudem ist das Etikett „Fortschritt“ ein naheliegender Oberbegriff für eine Kooperation von Linken und Liberalen, so wie das Gemeinsame von FDP und CDU/CSU gern mit dem Label „bürgerlich“ versehen wird.

Oben wurde festgehalten, dass machtstrategische Erwägungen und die Notwendigkeiten gesellschafts- und außenpolitischer Reformen die beiden Hauptmotive für die Bildung der sozial-liberalen Koalition waren. Wie sieht es heute aus? Für SPD und FDP gilt heute wie damals, dass keine andere Bündnisoption beiden Parteien mehr Einfluss verschaffen würde. Für die SPD wäre nach dem Wahlergebnis nur eine weitere Neuauflage der ungeliebten Großen Koalition eine alternative Machtoption. Anstatt der Rolle als Juniorpartner stellt die SPD aber nun selbst den Kanzler. Die damit verbundene Richtlinienkompetenz im Innern und die großen europapolitischen Spielräume liegen somit nach 16 Jahren

<sup>12</sup> Einmal abgesehen von dem unwahrscheinlichen, von Kanzlerkandidat Johannes Rau 1987 gleichwohl ausgegebenen Ziel einer absoluten Mehrheit der SPD.

<sup>13</sup> 39 scheint eine magische Zahl in der Politik zu sein: Auch die Regierungszeit der SPD in Nordrhein-Westfalen (1966-2005) währte exakt 39 Jahre.

wieder bei einem Sozialdemokraten. Und die FDP erhält als kleinster Partner mit dem Finanz-, Justiz- und Verkehrsministerium nun gleich drei bedeutende, mit weitreichenden Steuerungskompetenzen bzw. Ressourcen ausgestattete Ressorts. Die Partei erzielte zudem beachtliche inhaltliche Zugeständnisse: So wurde der Verzicht auf Steuererhöhungen ebenso vereinbart wie das Fortgelten der Schuldenbremse, obwohl SPD und Grüne höhere Steuern anstrebten. „Bürgerversicherung“, Tempolimit, Zulassungsverbot für Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor und eine verstärkte Regulierung der Provisionsberatung wird es nicht geben. Das Koalitionsabkommen betont mit der beschleunigten Digitalisierung und der verstärkten Förderung privater Investitionen zwei FDP-Kernanliegen. Dies überrascht nicht, hatte doch die FDP als Angehörige des anderen Lagers (nicht so anders als 1969 und mit Blick auf die programmatischen Unterschiede zu Grünen und SPD<sup>14</sup>) den weitesten Weg zum Ampelbündnis zurückzulegen und benötigt zur Rechtfertigung gegenüber der eigenen Anhängerschaft den Verweis auf deutliche Erfolge. So hatte sich die FDP 2005 der Bildung einer Ampelkoalition verweigert und erklärt, man wolle das rot-grüne „Elend nicht verlängern“ (Peter 2005), und noch im Sommer räumte Parteichef Christian Lindner ein, ihm fehle „die Fantasie, welches Angebot [SPD und Grüne] der FDP machen könnten.“ (RND 2021). Diesen überproportionalen Einfluss hätten, wäre es zu einem Jamaika-Bündnis gekommen, die Grünen einfordern können. In der Ampel scheinen sie gemessen am Wahlergebnis angesichts von fünf Ressorts (darunter weder Finanzen noch Verkehr, aber die für die Partei wichtigen Bereiche Umwelt, Wirtschaft/Klima und Agrar, außerdem das Außenamt) nicht überproportional aber angemessen vertreten.

Und wie sieht es heute mit der Gesellschaftspolitik als einigendem Band eines Mitte-Links-Bündnisses aus? Auch heute steht Deutschland wirtschaftlich gut da, gesellschaftliche Themen stehen alles andere als im Hintergrund. Es ist wenig überraschend, dass die auf ökonomischem Gebiet heterogenen Partner im Koalitionsvertrag eine umfassende gesellschaftliche Reformagenda verankert haben. Sie umfasst die, in den 1970-ern zwar heiß diskutierte, aber nie realisierte, Hanf-Legalisierung, den „Spurwechsel“ für Asylbewerber, die erleichterte Einbürgerung ebenso wie die Abschaffung des § 219 a StGB (Informationsverbot für Anbieter von Schwangerschaftsabbrüchen). Der Familiennachzug wird erleichtert, die Anker-Zentren geschlossen. Die Ampel-Partner wenden sich gegen eine umfassende Vorratsdatenspeicherung und wollen die Staatsleistungen an die Kirchen ablösen. Geplant sind die Kennzeichnungspflicht bei der Polizei und ein unabhängiger Polizeibeauftragter. Und ein weiteres Mal steht die Senkung des Wahlalters an, dieses Mal auf 16 Jahre, wobei angesichts der notwendigen Zweidrittelmehrheiten allerdings die Unionsparteien mitspielen

---

<sup>14</sup> Zur Verhältnis der Programmatik von FDP und Grünen vgl. u.a. Anan 2017.

müssen. Dieses Reformpaket rechtfertigt sicher den Anspruch, das Ampelbündnis stehe für „mehr Fortschritt“. Mit der sozial-liberalen Reformagenda ist es dennoch nicht voll vergleichbar: Erstens fehlt manches, ein Paritätsgesetz ebenso wie eine Überarbeitung des § 218 StGB selbst. Zweitens wird die Arbeit der Ampel schon deshalb nicht mit dem Aufbruch der frühen Siebzigerjahre vergleichbar sein, weil das Ausmaß an Unzufriedenheit mit dem gesellschaftspolitischen Stillstand damals viel größer war als jetzt. Einige gesellschaftspolitische Reformen wie die „Ehe für alle“ oder die Aussetzung der Wehrpflicht hatten ja bereits die Vorgängerregierungen verwirklicht. Und drittens ist ein der Ostpolitik vergleichbares außenpolitisches Reformprojekt nicht in Sicht. Konnte man vor den Ereignissen des Februar 2022 konstatieren, dass Teile der Regierung vermutlich eine stärker wertebasierte Außenpolitik fordern, andere mit Blick auf die Exportwirtschaft eher bremsen würden und kein stimmiges, populäres Konzept in Sicht war, so bleibt nach dem russischen Angriff auf die Ukraine festzuhalten: Ganz im Gegenteil zur damaligen sozial-liberalen Politik stehen nicht Entspannung und der Brückenbau nach Osten, sondern der Umgang mit einer zunehmenden Konfrontation im Mittelpunkt. Mit Blick auf die unterschiedlichen Traditionen der Regierungspartner, die teils neben den transatlantisch geprägten außenpolitischen Mainstream treten (der in Teilen der SPD verbreitete Wunsch zur Verständigung mit dem Putin-Regime, die pazifische Herkunft der Grünen und die in der FDP anzutreffende Skepsis gegenüber Wirtschaftsanktionen), wird die Außen- und Sicherheitspolitik wahrscheinlich eher eine Herausforderung denn ein einigendes Band.

Während Machtstrategie 1969 wie 2021 als Hintergrund der Mitte-Links-Kooperation gelten kann, unterscheiden sich beide Regierungsbildungsprozesse somit bezüglich der Rolle der Reformagenda: War diese in den späten Sechzigern ein zentrales Motiv bei der Findung der Koalition, erscheint sie heute konstruierter und ist sehr viel stärker eine ex post vorgetragene Legitimation als wirklicher Auslöser.

Wiederholt sich Geschichte? Die Ampel-Partner, deren Kooperation ja über 2025 hinaus angelegt sein soll, sind in jedem Fall gut beraten, einen Blick ins Geschichtsbuch zu werfen. Denn die Wahrscheinlichkeit ist nicht so gering, dass nach Abarbeitung der gesellschaftspolitischen Reform die ökonomischen Unterschiede zwischen den Ampel-Partnern deutlicher hervortreten, die Koalition aber in vier Jahren erneut mit einem CSU-Kanzlerkandidaten konfrontiert werden wird. Nun ist Markus Söder nicht Franz-Josef Strauß. Aber die unmittelbar einsetzende Kritik von CDU und vor allem CSU, die die „links-gelbe“ Koalition in vertrauter 70er-Jahre-Manier mit Blick auf die Migrations- und Drogenpolitik als Sicherheitsrisiko attackierte (CDU/CSU 2021), zeigt, dass eine solche Polarisierung durchaus das Potenzial hat, die Ampelkoalition zu einen und mit einer Perspektive über 2025 hinaus zu versehen. Interessant wird, wie sehr sich die

FDP in die für sie inzwischen ungewohnte Rolle hineinfließt, von CDU/CSU und katholischer Kirche (vgl. Neumann 2021, Wirsching 2022) attackiert zu werden, und ob sie bei der Koalitionsbildung auf Länderebene eher zur Union tendiert oder sich auch hier als Teil eines Mitte-Links-Lagers versteht. Die 2022 anstehenden Landtagswahlen, unter anderem in den großen Flächenländern Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen, werden hierüber Aufschlüsse geben.

### **Literatur und Quellen:**

Anan, Deniz: Links-liberal zweiter Akt, taz, 04.12.2021, <https://taz.de/Ampel-und-SPD-FDP-Koalition/!5816082/>.

Anan, Deniz: Parteiprogramme im Wandel, Ein Vergleich von FDP und Grünen zwischen 1971 und 2013, Wiesbaden 2017.

Böhm, Angela: Worte mit Wirkung, Tagesspiegel, 08.05.2015, <https://www.tagesspiegel.de/meinung/causa-debatte/worte-mit-wirkung-franz-josef-strauss-ratten-und-schmeissfliegen/11750780.html>.

Bundesregierung: Argumentationspapier Forderung nach völkerrechtlicher Anerkennung, 16.03.1970, <https://www.hdg.de/lemo/bestand/objekt/dokument-argumentationspapier-voelkerrecht.html>.

Bundesregierung: Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag, 15.12.2021, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/regierungserklaerung-von-bundeskanzler-olaf-scholz-1992008>.

Bundesregierung: Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag, 28.10.1969, [https://www.willy-brandt-biografie.de/wp-content/uploads/2017/08/Regierungserklaerung\\_Willy\\_Brandt\\_1969.pdf](https://www.willy-brandt-biografie.de/wp-content/uploads/2017/08/Regierungserklaerung_Willy_Brandt_1969.pdf).

CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Pressemitteilung, 24.11.2021, <https://www.cdu-csu.de/presse/pressemitteilungen/links-gelb-stellt-deutschlands-sicherheit-auf-eine-harte-probe>.

Delius, Friedrich Christian/Lapp, Joachim: Transit Westberlin, Berlin 1999.

De Swaan, Abram: Coalition Theories and Coalition Formations, Amsterdam 1973.

Dittberner, Jürgen: Die FDP, Wiesbaden 2010.

FDP: Berliner Programm, 26.01.1957, <https://www.freiheit.org/sites/default/files/2020-06/1957berlinerprogramm.pdf>.

Giebel-Felten, Elvira: Wirtschaftliche Kennzahlen, Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung im EU-Vergleich 1962-2001, Band 2, Arbeitspapiere der Konrad-Adenauer-Stiftung, Band 78/2002.

Juling, Peter: Programmatische Entwicklung der FDP 1946 bis 1969, Meisenheim 1977.

- Kirchner, Emil/Broughton, David: The FDP in the Federal Republic of Germany, The requirements of survival and success, in: Emil Kirchner (Hrsg.), Liberal Parties in Western Europe, Cambridge 1988, S. 62-92.
- Kronenberg, Volker/Weckenbrock, Christoph: Schwarz-Grün, Wiesbaden 2011.
- Kropp, Sabine/Sturm, Roland: Koalitionen und Koalitionsvereinbarungen: Theorie, Analyse und Dokumentation, Wiesbaden 2013.
- Jesse, Eckhard: Extremismus und Demokratie, Parteien und Wahlen, Göttingen 2015.
- Lösche, Peter/Walter, Franz: Die FDP, Darmstadt 1996.
- Löwisch, Manfred: Privatautonomie und Arbeitsrecht, JURA, Jg. 32, Heft 2/2014, S. 131-140.
- Müller, Wolfgang C.: Koalitionstheorien, in: Ludger Helms/Uwe Jun (Hrsg.), Politische Theorie und Regierungslehre, Eine Einführung in die politikwissenschaftliche Institutionenforschung, Frankfurt (Main) 2004, S. 267-301.
- Neumann, Felix, Ampel-Koalition – Mehr Trennung zwischen Staat und Kirche wagen, 24.11.2021, <https://www.katholisch.de/artikel/32111-ampel-koalition-mehr-trennung-zwischen-staat-und-kirche-wagen>.
- Peter, Joachim: „Wir werden dieses Elend nicht verlängern“, Welt, 19.09.2005, <https://www.welt.de/print-welt/article165726/Wir-werden-dieses-Elend-nicht-verlaengern.html>.
- RND: Lindner zur Ampel mit SPD und Grünen, 31.08.2021 <https://www.rnd.de/politik/christian-lindner-fdp-zu-ampel-koalition-mit-spd-und-gruenen-mir-fehlt-die-fantasie-F3P74UOLTHMW6EELIITABTRG6I.html>.
- Schiller, Theo: Stand, Defizite und Perspektiven der FDP-Forschung, in: Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hrsg.), Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland, Opladen 1993, S. 119-146.
- Weber, Klaus: Der Linksliberalismus in der Bundesrepublik um 1969, Frankfurt (Main) u.a. 2012.
- Wirsching, Daniel: AZ, 01.01.2022, <https://www.augsburger-allgemeine.de/bayern/kirche-augsburger-bischof-kritisiert-ampel-koalition-und-kanzler-scholz-id61398291.html>.